

# Die Bauergewerkschaft

## Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,— RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionsschluss: Montag, morgens 9 Uhr  
Nr. 32 · 30. Jahrgang      Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3      Berlin, 10. August 1929

### Reichsverfassung und Arbeiterschaft

Am 11. August sind zehn Jahre verflossen, seitdem die Deutsche Reichsverfassung in Kraft gesetzt wurde. Die inneren Zustände in Deutschland haben sich gefestigt, die deutsche Wirtschaft ist trotz des vielen Klagens ein gewaltiges Stück vorwärts gekommen. Der freundliche Blick in die Zukunft wird allerdings getrübt durch die hohen Reparationslasten, die das deutsche Volk zwei Menschenalter hindurch noch tragen soll.

Dürfen wir christlichen Gewerkschaftler die jetzige Reichsverfassung bejahen? Sollen wir nicht auch einstimmen in das Geschrei jener Kreise, die die Schuld an allen Nöten der Gegenwart auf die Reichsverfassung schieben? Es kann nicht schaden, wenn wir einmal einen Vergleich zwischen früher und heute anstellen.

Wir dürfen es heute ruhig aussprechen, daß die christliche Arbeiterschaft sich in dem Deutschland vor 1918 nicht wohl gefühlt hat. Politisch waren wir in Preußen und mehreren anderen deutschen Bundesstaaten entrechtet. Das Dreiklassenwahlrecht mit seiner öffentlichen Wahl schuf eine einseitige Herrschaft des Besitzes. Das alte preussische Herrenhaus sorgte als reaktionäre zweite Kammer dafür, daß jede soziale Politik in dem größten Bundesstaat Preußen verhindert wurde. Noch im Sommer 1918, als die Niederlage Deutschlands auf den Kriegsschauplätzen sich übersehen ließ, weigerte sich das Preussische Abgeordnetenhaus, das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht zur Einführung zu bringen.

Nicht nur in den preussischen, sondern auch in den Kommunen anderer Bundesstaaten war das Wahlrecht ein Klassenwahlrecht mit öffentlicher Wahl. Es soll nicht bestritten werden, daß einige Oberbürgermeister trotzdem ansehnliche Leistungen vollbracht haben. In der Regel waren aber die kommunalen Vertreter so einseitig zusammengesetzt, daß nur eine Politik nach kleinlichen Gesichtspunkten betrieben wurde. Die politische Stellung der deutschen Arbeiterschaft bis 1918 war derart, daß zur Verteidigung des Landes wohl die allgemeine Wehrpflicht bestand, daß bei der Verteilung der politischen Rechte aber der einseitige Einfluß des Besitzes in einem ungewöhnlichen Maße vorhanden war.

Die sozialpolitische Gesetzgebung entsprach ganz der politischen Kräfteverteilung. Während langer Zeit ist die deutsche Arbeiterversicherung als Paradebeispiel vorgeführt worden. Es wäre ungerecht, ihre große Bedeutung für die erkrankten, invaliden und durch Unfall erwerbsunfähig gewordenen Arbeiter zu verkleinern. Bist man jedoch den dritten Band von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“, dann weiß man, aus welchem Geiste die deutsche Arbeiterversicherung geboren wurde. Die deutsche Arbeiterversicherung ist aus dem Geiste der Fürsorge geboren. Für politisch unmündige Menschen sollte etwas getan werden, damit diese nicht auf umstürzlerische Gedanken kamen, sondern die herrschende Schicht weiter unterstützten.

Mit dem Arbeiterschutz war es in Deutschland schwach bestellt. Ein weitgehender Schutz war für die jugendlichen Arbeiter vorhanden und ein gewisser Schutz auch für die Frauenarbeit. Der erwachsene männliche Arbeiter hatte die Sonntagsruhe und einen beschränkten Schutz in besonders gesundheitsgefährlichen Betrieben. Vom Arbeitsrecht war nichts von Bedeutung vorhanden. Im alten Deutschland ist die Gewerkschaftsbewegung sehr lange verfolgt worden. Der Paragraph 152 der Gewerbeordnung gab wohl die Koalitionsfreiheit, aber der nächste Paragraph stellte alle Vergehen bei Streiks unter besondere Strafen. Um die Koalitionsfreiheit der Arbeiterschaft in Deutschland ist ein langer Kampf geführt worden. Im Jahre 1898 hielt der Kaiser Wilhelm in Bad Nenndorf

eine Rede, in der er ankündigte, daß alle Anführer bei Streiks mit Zuchthaus bestraft werden sollten. Die reaktionären Scharmacher, mit Freiherren von Stumm aus dem Saarrevier an der Spitze, betrieben allen Ernstes eine Gesetzesvorlage, die den Führern bei Streiks Zuchthausstrafen bringen sollte. Die berühmte Zuchthausvorlage wurde auch eingebracht. Sie blieb aber im Reichstag bereits in der Kommission liegen.

Zu dem schlechten Koalitionsrecht kam während langer Zeit ein schikanöses Vereins- und Versammlungsrecht. Bis zum 15. Mai 1908 bestand in Preußen ein Versammlungsrecht aus dem Jahre 1851. Jede Gründung einer gewerkschaftlichen Ortsgruppe, der Vorstand und jede Veränderung der Mitglieder (Neuanmeldungen und Abmeldungen) waren der Polizei zur Kenntnis zu bringen. Die Abhaltung jeder Versammlung war der Polizei zu melden. Das Reichsvereinsgesetz vom 15. Mai 1908 brachte wohl größere Freiheiten. Immer hatte aber die Polizei die Macht, durch einen sanften Druck auf den Gastwirt die Versammlungslöcher abzutreiben. Am aller schlimmsten war dieses in gewissen Teilen des Ostens, wo die Junker und die Gütten- und Grubenbarone zugleich die untersten Organe der Polizei waren.

Unter diesen Umständen konnte die Arbeiterschaft kein innerliches Verhältnis zum Staat gewinnen. Bereits in der Vorkriegszeit war die Lohnarbeiterschaft so angewachsen, daß sie etwa die gute Hälfte der Bevölkerung ausmachte. Unsere regierenden Kreise scheinen sich keine Kopfschmerzen darüber gemacht zu haben, wie diese an Zahl wachsende Lohnarbeiterschaft in den Staat eingegliedert werden sollte.

Der Mangel an politischer Führung brachte uns mit der ganzen Welt in den Krieg und verhinderte außerdem einen rechtzeitigen Abbruch des Krieges, um noch einen erträglichen Frieden zu erreichen. So unterlagen wir nach einer so gewaltigen Kraftanstrengung, wie sie selten ein Volk vollbracht hat. Es kam das Chaos über uns. Der Kaiser floh nach Holland. Die übrigen deutschen Fürsten traten auf einen sanften Druck von der Bühne ab. Es ist nicht bekannt geworden, daß ein deutscher Fürst bei der Verteidigung seines Thrones ums Leben gekommen wäre.

Sollte das deutsche Volk sein staatliches Eigenleben für alle Zeiten aufgeben? Das wäre Selbstmord gewesen. Von zwei Seiten wurde das staatliche Eigenleben Deutschlands bedroht, und zwar vom französischen Militarismus und vom russischen Bolschewismus. Die Franzosen wollten die einstige deutsche Kleinstaaterei wieder herbeiführen und der russische Bolschewismus wollte das Chaos, um dann Deutschland von Moskau aus zu regieren.

In dieser gewiß gefährlichen Zeit schuf sich Deutschland eine neue Reichsverfassung. Durch sie bekamen wir wieder die politischen Organe in Gesetzgebung und Verwaltung, um ein notwendiges neues Recht und um eine geordnete Verwaltung durchzuführen zu können. Wäre die deutsche Reichsverfassung nicht so schnell geschaffen worden, wir hätten die krisenvolle Zeit von 1919 bis 1924 nicht überwinden können.

In der Reichsverfassung wird gesagt, daß alle Gewalt vom Volke ausgeht. Damit ist der „Untertan“ mit dem „beschränkten Verstand“, der sich von anderen regieren lassen muß, formalrechtlich beseitigt. Wir müssen leider feststellen, daß der Untertanengeist in weiten Kreisen unseres Volkes tiefe Wurzeln geschlagen hat. Auch in den Kreisen der christlich organisierten Arbeiterschaft fehlt oft das nötige Selbstvertrauen und der entschlossene Wille. Wir glauben immer noch, Menschen aus anderen Kreisen könnten es besser machen als Leute aus den eigenen Reihen. Wir haben oft genug noch zu viel von dem Geist des Kaiser-

hofes in uns. Dem Soldaten wurde ja beigebracht, daß er nicht der Persönlichkeit, sondern der Uniform den Gruß zu erweisen habe. Auch heute noch achten wir auf Neußerlichkeiten und geben uns nicht genügend Rechenschaft darüber, ob hinter der Neußerlichkeit auch eine Persönlichkeit steckt, die etwas kann.

Wenn alle Gewalt vom Volke ausgeht, dann muß das deutsche Volk demokratisch regiert werden. Die Demokratie wird nicht selten von Nichtarbeitern so verstanden, daß die arbeitenden Massen dafür sorgen, daß sie regieren und verwalten. Wir haben heute das gleiche, allgemeine und geheime Wahlrecht, aber wir haben noch nicht verstanden, es in der richtigen Weise zu gebrauchen. In der jüngsten Zeit ist das Schlagwort erfunden worden von den starken Interessenten in der Politik. Als ob jemals Politik ohne Interessenberücksichtigung gemacht worden wäre. Es gibt genug Menschen, die sehr erzürnt darüber sind, daß auch die Arbeiterschaft die Vertretung ihrer Interessen in der Politik verlangt. Es wird unsere Aufgabe sein, durch einheitliches Vorgehen und entschlossenes Wollen dafür zu sorgen, daß der Einfluß der Arbeiterschaft im politischen Leben weiter wächst. In jedem Parlament wird die Politik gemacht, für die die Kräfte vorhanden sind. Ein Parlament ohne Arbeiter wird dafür sorgen, daß die breiten Massen die Lasten auf gepack bekommen. Früher war es so, und es gibt Nichtarbeiter, die diesen Zustand wieder wünschen. Leider gibt es auch unwissende und unaufgeklärte Kollegen, die solche Bestrebungen unterstützen. Wir Arbeiter können nur die Demokratie wollen. Diktatur oder die Herrschaft einiger Auserwählter schaltet die Arbeiterschaft von jedem politischen Einfluß aus. Die Politik wird dann aber auch gegen die Arbeiterschaft gemacht.

In dem Deutschland der Nachkriegszeit sind zahlreiche Gesetze für die Arbeiterschaft geschaffen worden. Mit Gesetzen allein ist es nicht getan, es müssen auch die Menschen vorhanden sein, die ihre Durchführung erzwingen. Mehr als es die alten Gewerkschaftler jemals geahnt haben, ist heute dem Arbeiter Gelegenheit geboten, sich in den verschiedensten Kreisläufen zu betätigen. Ich denke hier an die Krankenkassen, Versicherungs- und Oberversicherungsämter, an die Arbeitsgerichte, an die Verwaltungsausschüsse in der Arbeitslosenversicherung usw. Eine andere Welt kann nur durch fortgesetztes neues Gestalten geschaffen werden. Die Möglichkeiten sind heute vorhanden, es kommt aber auch darauf an, sie richtig auszunutzen.

Trotz der Not, in die das deutsche Volk geriet durch den verlorenen Krieg, sind wir ein großes Stück vorwärts gekommen. Wir müssen allerdings auch bekennen, daß die politische Demokratie allein noch nicht ausreicht, wenn die deutsche Arbeiterschaft maßgeblichen Einfluß im Staate gewinnen will. Unser heutiges Bildungsprivileg mit seinen Examinas und den daraus gezogenen Folgerungen wirkt hemmend. Für einen kleinen Bruchteil der Bevölkerung und dessen Bildung werden riesige Summen ausgegeben, während Reich, Staat und Kommunen für die Bildung des aus der Volksschule entlassenen Arbeiters nicht viel tun. Auch die Einsicht hat sich in der Nachkriegszeit bei uns verstärkt, daß die wirtschaftlichen Kräfte einen ungewöhnlichen Einfluß auf die Politik ausüben. Es wird auch der christlichen Arbeiterschaft nichts anderes übrigbleiben, als praktisch sich auf den verschiedenen Gebieten der Wirtschaft zu betätigen.

Zehn Jahre Reichsverfassung. Eine kurze Zeit im Leben eines Volkes, und doch, welche unerhörten Ereignisse haben wir erlebt. Wir wollen die Demokratie und die Herrschaft des Volkes. Deshalb bekennen wir uns freu-

dig zur deutschen Reichsverfassung. Wir wollen sie schützen, denn sie bietet uns die Möglichkeit, den sozialen und kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft durchzuführen zu können.

Franz Ehrhardt.

### Der zweite Reichsjugendtag der christlichen Gewerkschaften

In einer lebendigen Bewegung bedeuten Tagungen Höhepunkte vorwärtsschreitender Entwicklung. Sie sollen den Blick für die Zukunft weiten, Wollen und Weg gegeneinander abstimmen, dem Wollen neue Begeisterung für die weitere Wegstrecke mitgeben, Feiertag sein, der den Werktag erhellt und frische Zielstrebigkeit auslöst, Orientierung und Wegweiser zugleich. Den Außenstehenden aber sind sie der Grabmesser für die Triebkräfte, die die der Bewegung zugrunde liegende Idee auszulösen vermag und bereits ausgelöst hat. Jugendtreffen sind darüber hinaus Kundgebungen besonderer Art. Sie weisen in die Zukunft, lassen die gestaltende und aufbauende Linie erkennen, in der die kommende Generation zu arbeiten gewillt ist. Ihre frohe Aufgeschlossenheit für alle Hochziele, das mitforttreibende Feuer ihres unverblichen Wollens, ihr ungehämmer Eifer, das erwartungsvolle Sehnen, das in ihren Augen leuchtet, und ihr unbeirrter Bekenntnis geben ihren Feiern etwas Ursprüngliches und Befreiendes, das sich allen mitteilt.

Am 10. und 11. August trifft sich die Werkjugend der christlichen Gewerkschaften in Köln, dem Herzen des Rheinlandes. Zum zweiten Male nach dem Kriege. Es werden ihrer zwanzigtausend werden, die da zusammenkommen, um ein machtvolles Bekenntnis abzulegen zu der christlich-sozialen Ideenwelt, in der sie wurzeln und leben. Um Stellung zu nehmen zu den mannigfachen Fragen, die Leben, Arbeit und Eigenart vor sie hinstellen. Aus allen deutschen Gauen kommen sie, aus Süd und Ost und West und Nord, aus Bayern, Württemberg und Baden, aus Ostpreußen und aus der Grenzmark, aus Schlesien, Brandenburg und Sachsen, aus Rheinland und Westfalen, aus Mitteldeutschland und den freien Reichstädten, von der Wasserfronte und aus dem Hochgebirge in ihren Trachten, mit Wimpeln und Fahnen, mit Fiedel und Klampfe, mit Trommel- und Pfeifenkorps und mit dem ganzen Frohsinn ihres lachenden Jungseins. Aber auch mit dem Ernst der Verantwortung für sich selbst, für ihren Stand, für Heimat und Volk. Kraftvoll im einigen Zusammenstehen. Mit dem Willen, den Weg zur Höhe sich selber zu ebnen und den Stand gleichberechtigt in die Volksgemeinschaft einzugliedern. Frei von erbärmlicher Menschenfurcht und überlebten Vorurteilen. Ihrer Wertigkeit für das Volksganze sich bewußt. Getragen von den sozialen Ideen des Christentums. Schärfste Sehne anlagend dem mammonistischen Geiste, der die gottgewollte Ordnung der Gemeinschaft zerstört und die harmonische Entfaltung der im jungen Volkstum schlummernden Fähigkeiten und Kräfte unterbindet. Gemeinsam mit den Alten arbeitend an der Befreiung der Arbeiterschaft aus der materialistischen Umklammerung durch Kapitalismus und Sozialdemokratie.

Die Größe ihrer Aufgabe gebietet stärkste Konzentration. Unsere Jugend denkt zu mächtigern, als daß sie hinter den problematischen Hirngespinnsten ehrgeiziger Streber herläuft, und wiederum zu ideal, als daß sie um der Schwägereien verantwortungsloser Außenleiter willen die gemeinsame Front der christlichen Arbeiter schwächen würde. In ihren Gruppen leistet sie enge und zielbewußte Arbeit. Es liegt ihr nicht, große Worte und viel Aufhebens von ihrem Tun zu machen. Dafür hat sie weder Zeit noch Verständnis. Daher tritt sie auch selten an die große Öffentlichkeit. Um so schwerwiegender ist, was sie dort zu sagen hat, und wie sie sich auf kommende Entscheidungen einstellt.

Das letztemal war sie vor drei Jahren in Essen zusammen, wo der Paltschlag des schaffenden Judenfriedens am lautesten hörbar ist. Damals merkten alle die auf, die geglaubt hatten, die christlichen Gewerkschaften als eine Bewegung der „Alten“ abtun zu können. Sie bekamen Respekt vor der Jugendbewegung der christlichen Gewerkschaften, die im stillen geworden war, und wußten nun, daß die alten christlichen Gewerkschaftsideale von einer lebendigen Jugend weitergetragen und mit eigenem Erleben ausgefüllt wurden. Seitdem ist sie weiter gewachsen und erstarkt, innerlich und äußerlich. In allen Verbänden nahm die Jugendbewegung einen Aufschwung, den man damals nicht ahnen konnte. Die werktätige christliche Jugend, die zu ihnen fleht, wuchs von Tag zu Tag und formte sich zu wichtigen Bataillonen. Ein greißbares Zeichen dafür ist die Tatsache, daß heute 20-25 Prozent der Gesamtmitgliedschaft aller Berufsverbände in den Altersgruppen zwischen 14 und 21 Jahren liegt. Die Einheitslosigkeit des Wollens der christlichen Gewerkschaftsjugend muß als vorbildlich

bezeichnet werden. Auch die Verwurzelung in der christlich-sozialen Gedankenwelt und die Gestaltung des Lebens und der Arbeit aus ihr heraus. Es wächst eine neue Generation der christlichen Gewerkschaften heran, die das von den Vätern überkommene Erbgut in die neue Zeit hineinstellt, die in innerer Wahrhaftigkeit Worte und Taten in Übereinstimmung zu bringen sich bemüht.

Manche Forderungen von Essen sind inzwischen erfüllt. Die Jugendarbeit hat eine festere Form erhalten. Durch Abmachungen mit den konfessionellen Vereinen wurde die Zusammenarbeit geläutert und gefördert. Das in den letzten Monaten fertiggestellte Berufsausbildungs- und Berufsschutzprogramm für die erwerbstätige Jugend hat ein weitgehendes Echo und Interesse gefunden. Die Freizeitbewegung konnte durch tarifliche Abmachungen praktisch ein Stück weitergebracht werden. Die Propaganda für die Einheitsgewerkschaften, mit denen sich die Tagung in Essen noch beschäftigen mußte, ist völlig zusammengebrochen. Die „katholischen“ Sozialisten um Wertens haben ihr den letzten Rest gegeben. Sehr vieles hart noch der Erfüllung. Die Schaffung einer ausreichenden Freizeit bleibt trotz aller Erfolge besonders im Holzgewerbe und bei den Bergarbeitern ein Schmerzenskind. Auch heute noch werden in vielen Berufen keine Ferien oder aber erst vom 18. Lebensjahre ab gewährt. Umstritten ist auch noch das Berufsausbildungs-gesetz. Um die Einbeziehung einer Reihe von Jugendbeschäftigungen in das Arbeitsschutzgesetz geht noch ein harter Kampf. Neue Fragen sind inzwischen aufgetaucht.

Zu ihnen wird die christliche Gewerkschaftsjugend in Köln Stellung nehmen. Neue Anregungen wird sie von dort mitnehmen und neuen Mut zum Weiter-schaffen. Sie freut sich auf Köln, das sie als Erlebnis mitnehmen wird in ihre Werktagarbeit. Und wenn sie durch die Straßen von Köln marschiert und auf dem Messiegelände ihr Wollen kundtut, dann wird ihr wuchtiger Schritt und ihr machtvolles Bekenntnis zu einem Gelöbniß unentwegter Treue zu Stand, Volk und Vaterland. In diesem Sinne entbieten wir dem jungen Volk der christlichen Gewerkschaften Heil für Köln und wünschen ihm steten Erfolg für seine wertvolle Arbeit.

### Deutsches Ausbentertum an der Mosel

Es dürfte hinreichend bekannt sein, daß die Mosel im Abschnitt zwischen Metz und Diedenhofen gegenwärtig auf Reparationskosten von deutschen Bauunternehmern kanalisiert wird. Die Arbeit ist auf etwa drei Jahre berechnet. Nach den vertraglichen Bestimmungen dürfen nur reichsdeutsche Arbeiter eingestellt und beschäftigt werden. Die meisten der bis jetzt eingestellten Arbeiter kommen aus dem Rheinland. Sie sind zu den Stundenlöhnen, die der Lohn- und Arbeitsvertrag für Erier-Land vorsieht, eingestellt worden. Für Hilfsarbeiter beträgt dieser Tariflohn pro Stunde 76 Pfennig.

Bekanntlich werden auch in Südfrankreich größere Reparationsarbeiten von deutschen Baufirmen mit deutschen Arbeitern ausgeführt. Für die dort beschäftigten Bauarbeiter sind zwischen den Unternehmern und dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Einstellungs- und Beschäftigungsverträge auf der Grundlage des Reichstarrifvertrages und des Lohn- und Arbeitsvertrages für das Vertragsgebiet Köln abgeschlossen, die eine ganze Reihe beachtlicher Vergünstigungen für die unter diesen Vertrag fallenden Arbeiter vorsehen. Die Sacharbeiter erhalten in Südfrankreich einen Stundenlohn von 1,35 RM., während die Sacharbeiter an der Mosel einen solchen von 1,02 RM., also 33 Pf. weniger, erhalten. Während in Südfrankreich pro Tag 8 Stunden gearbeitet wird, müssen die Bauarbeiter an der Mosel pro Tag 10-14 Stunden arbeiten. Während in Südfrankreich die Kosten für Verpflegung und Wohnung von den Unternehmern getragen werden, müssen sich die Arbeiter an der Mosel selbst beschäftigen und auch die Gebühren für das Logis bezahlen. Von bezahltem Urlaub ist an der Mosel keine Rede, während die Arbeiter in Südfrankreich alljährlich 14 Tage Urlaub und freie Fahrt nach Hause und zurück erhalten.

Wie die wirtschaftliche Lage der deutschen Arbeiter an der Mosel beschaffen ist, erhellt aus folgendem Beispiel: Ein Arbeiter, der am Montag und am Samstag je 8 Stunden und an den übrigen Wochentagen 10 Stunden arbeitet, verdient in dieser 14-tägigen Beschäftigungszeit 110 Arbeitsstunden mal 76 Pf. gleich 8,360 RM. An Steuern und sozialen Beiträgen gehen bekanntlich rund ein Viertel des Bruttolohnes, in diesem Falle rund 10 RM. ab. Das in der Kantine erhältliche Mittagessen kostet 80 Pf. und das Abendessen 70 Pf. Für Übernachtungen müssen die dortigen Leute pro Nacht 20 Pf. bezahlen. Dazu kommen die unentbehrlichen privaten Auslagen, die in 14 Tagen immerhin 10 RM. betragen dürften, so daß, wenn die Leute auch noch die Eisenbahnfahrtskosten vom Arbeits- zum Wohnort und zurück, die mit 4 RM. nicht zu hoch berechnet sind, bestritten haben, am 14-tägigen Arbeits-

verdienst in Höhe von 83,60 RM. rund 44,60 RM. abgehen. Der Restverdienst wird den Angehörigen in der Heimat überwiesen. Hier ist die Frage am Platze: Wie ist es möglich, daß die Angehörigen dieser Leute, die sich sehr oft aus einer mehrköpfigen Familie zusammensetzen, nach einem außergewöhnlich langen und strengen Winter, der in den Haushalt unserer Bauarbeiter große Lücken gerissen hat, mit 39 RM. 14 Tage lang leben können. Dieser Verdienst reicht unmöglich aus, auch nur die allernotwendigsten Anschaffungen zu machen, geschweige denn einigermaßen menschenwürdig sich ernähren und kleiden zu können. Es ist geradezu herausfordernd, wenn ein leitender Ingenieur in Metz dem Verfasser dieses Berichtes erklärte, daß die Leute an der Mosel nach einjähriger Beschäftigung gemachte Leute seien, weil sie ein schönes Stück Geld verdienten. Jeder Kommentar für solches blöde Geschwätz wäre überflüssige Zeit- und Mühevergeudung.

Unter solchen Umständen war es ja nicht anders zu erwarten, daß sich die an der Mosel beschäftigten Bauarbeiter schon nach wenigen Tagen ihrer trostlosen Lage und ihrer Fronrolle bewußt waren, die sie an der Mosel unter den Augen der französischen Bevölkerung spielen sollten. Und die Regisseure dieses Ausbeuter-spiels im Ausland sind deutsche Bauunternehmer. Es ist dieser Sorte von Unternehmern scheinbar nicht genug, daß die Reparationsarbeiten in der deutschen Arbeiter finanziert und auf diese Weise deutsche Bauunternehmer reich gemacht werden. Sie verlangen von ihren Arbeitern obendrein noch Fron-dienste gegen einen Hungerlohn.

Die meisten von den an der Mosel beschäftigten Arbeiter waren bis vor wenigen Wochen unorganisiert. Nur wenige gehörten bereits der einen oder anderen Gewerkschaft an. Für die unorganisierten Leute dürfte die Erfahrung an der Mosel eine heilsame Lehre sein. Sie haben nur zu rasch erfahren müssen, wie deutsche Unternehmer ihre Arbeiter behandeln, wenn sie wissen, daß sie es mit unorganisierten Leuten zu tun haben. Sie wissen jetzt, daß die deutsche Arbeiterschaft nur auf dem Wege über die Gewerkschaft die Stellung in Staat, Wirtschaft und in der Gesellschaft erobern kann, die ihrer Bedeutung im völkischen Leben entspricht und auf die sie mit gutem Recht Anspruch erheben kann und muß. Bis auf den letzten Mann haben sich inzwischen die unorganisierten Arbeiter an der Mosel den für sie in Frage kommenden Berufsorganisationen angeschlossen.

Als nun die Gewerkschaften im Auftrage ihrer Mitglieder an der Mosel verhandelten, mit Hilfe direkter Verhandlungen geordnete und menschenwürdige Zustände zu schaffen, da setzte der Widerstand der Unternehmer ein. Die Vertrauensleute der verschiedenen Organisationen wurden entlassen. Sie mußten allerdings wieder eingestellt werden, weil die übrigen Belegschaften mit der sofortigen Arbeitsniederlegung drohten. Das tägliche Zehrgeld, das bis dahin 5 Frs. betrug, wurde auf 3 Frs. herabgesetzt. In allen Versammlungen erschienen französische Geheimpolizisten. Den Vertretern des Deutschen Baugewerksbundes wurde das öffentliche Reden untersagt. Zwei deutsche Vertreter der sozialistischen Gewerkschaften wurden von französischen Geheimpolizisten verhaftet und über die Grenze gebracht, sowie das fernere Betreten französischen Gebietes untersagt. Dem Verfasser dieses Berichtes wurde in Metz von einem deutschen Bauführer ebenfalls erklärt, wenn er die Baustelle nicht verlasse, dann würde er binnen weniger Minuten heruntergeholt werden. So beuten deutsche Unternehmer unter dem Schutze der französischen Polizei deutsche Arbeiter an der Mosel aus.

Sich frage: „Was gebietet die deutsche Reichsregierung gegen Baufirmen zu tun, deren Handlungen Hochverrat bedeuten, und die im Auslande die berufenen Vertreter der deutschen Arbeiter der französischen Polizei ausliefern und unter dem Schutze französischer Geheimpolizei schlimmste Ausbeuterei deutscher Arbeitskraft betreiben?“

Ebenso unverständlich ist das Verhalten der deutschen Regierung in Erier, die den deutschen Arbeitern aus dem Rheinland, soweit die an der Mosel beschäftigten Bauarbeiter aus dem Bezirk Erier kommen, keine Elsaß-Lothringen-Unterstützung gewähren will. Bekanntlich stehen dem Ministerium für die besetzten Gebiete zur Unterstützung der Saar- und Elsaß-Lothringen-Gänger monatlich 500 000 RM. zur Verfügung. Während die aus der Pfalz kommenden und an der Mosel beschäftigten Bauarbeiter die Unterstützung erhalten, wird sie den Rheinländern aus dem Bezirk Erier unverhältnismäßig vorenthalten. Die Regierung in Erier verstoßt somit gegen die verschiedensten Erlasse des Rheinministeriums. Sie vertritt die Auffassung, daß sie keine Veranlassung habe, mit der Unterstützung jenen Teil der Löhne zu zahlen, zu deren Zahlung die Unternehmer an der Mosel verpflichtet seien. Wir vertreten indessen die Meinung, daß die Elsaß-Lothringen-Gänger-Unterstützung mindestens solange bezahlt werden muß, bis es den deutschen Gewerkschaften gelungen ist, die Unternehmer an

der Mosel zu zwingen, anständige und auskömmliche Löhne an die Arbeiter zu zahlen.

Den deutschen Kollegen an der Mosel rufe ich zu: Verzagt nicht! Haltet fest zu eurer Berufsorganisation! Der Einzelne wäre wehr- und einflusslos. Nur vereinte Kraft schafft's. Die Gewerkschaften werden nicht ruhen, bis auch ihr unter erträglichen Bedingungen arbeiten und leben könnt.

G. Maurer (Saarbrücken).

### Um die Arbeitslosenversicherung

#### Ein Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Am 1. August trat der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Sachverständigen Gutachten, über das wir in der vorigen Nummer der „Baugewerkschaft“ kurz berichteten, Stellung zu nehmen. Folgender Beschluß wurde als Ergebnis der Beratungen bekanntgegeben:

„Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in seiner heute in Berlin stattgefundenen Sitzung mit den Beschlüssen des Sachverständigen-Ausschusses für die Reform der Arbeitslosenversicherung beschäftigt. Er ist zu dem einmütigen Ergebnis gelangt, daß diese Beschlüsse in der vorliegenden Form nicht annehmbar sind.

Der Vorstand des DGB. hält aber nach wie vor die Beseitigung einer Reihe von Mängeln, die sich in der bisherigen Praxis der Arbeitslosenversicherung ergeben haben, für dringend notwendig. Er billigt den Grundsatz, daß Beiträge und Leistungen in der Arbeitslosenversicherung in ein angemesseneres Verhältnis gebracht werden, lehnt aber nachdrücklich jede einseitige Behandlung der berufstätigen Arbeitslosigkeit ab.

Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes fordert, daß angesichts der Beunruhigung, die durch die monatelange Agitation und die Verhandlungen allmählich in weitesten Kreisen des Volkes entstanden ist, eine umgehende Beratung des Gesamtproblems im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages stattfinden muß, vor allem auch mit Rücksicht auf die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung und der Reichskasse.“

Wir begrüßen es, daß der DGB. die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses ablehnt und sich insbesondere gegen eine Sonderbehandlung der Saisonarbeiter wendet. Wir betonen schon bei unserer ersten kurzen Stellungnahme, daß eine Sonderbehandlung der sogenannten Saisonarbeiter — wir können übrigens in keiner Weise anerkennen, daß die Bauarbeiter eigentliche Saisonarbeiter sind — für uns gänzlich untragbar ist. Das ausführliche Gutachten ist bis jetzt noch nicht heraus. Es ist aber schon so viel festzustellen, daß die Ausführung des Gutachtens eine dreifache, für Wanderarbeiter sogar eine vierfache Verschlechterung zur Folge haben würde.

Zunächst trifft schon die Forderung, die Unterstützung nach der Beitragsdauer zu staffeln, in erster Linie die „Saisonarbeiter“. Welcher Bauarbeiter hat eine 52wöchige Beitragsdauer aufzuweisen? 52 Wochen werden aber allgemein verlangt zum vollen Unterstützungsbezug. Aber schließlich wäre das wenigstens noch keine Sonderbehandlung der Saisonarbeiter, weil alle Versicherten davon betroffen würden. Man hat es jedoch dabei nicht bewenden lassen. Die Saisonarbeiter sollen eine 14tägige Wartezeit durchmachen, sie sollen weiter nur die Höhe der Preisunterstützung erhalten, wobei noch besonders zu bemerken ist, daß die Höhe der Preisunterstützung ebenfalls nur dann voll zur Auszahlung kommen, wenn eine 52wöchige Beitragsdauer nachgewiesen wird; schließlich soll die Unterstützungshöhe sich noch nach dem Tariflohn des Unterstützungswohnortes richten.

Es klingt wie Hohn, wenn es in der kurzen amtlichen Mitteilung heißt: „Die Kommission einigte sich dahin, daß die Saisonarbeiter auch weiterhin die Versicherung zu betreten hat.“ Diese Betreuung sieht wahrhaftig recht merkwürdig aus. Ist man sich nicht darüber klar geworden, daß bei dieser Regelung für einen großen Teil der „Saisonarbeiter“ so gut wie gar keine Unterstützung in Frage käme? Wovon sollen etwa die auch jetzt noch im Sommer unter starker Arbeitslosigkeit leidenden Bauarbeiter in den ostdeutschen Gebieten leben, um nur einen besonders trassen Fall hervorzuheben? Was ist das für eine Gerechtigkeit, willkürlich bestimmte Arbeiterkategorien, insbesondere die Bauarbeiter, als Saisonarbeiter zu erklären, wo man genau weiß, daß diese Saisonarbeitslosigkeit im wesentlichen nur eine Folge planloser Wirtschaft und unregelmäßiger oder mangelhafter Finanzierung ist, und dann diese ohne ihre Schuld arbeitslosen Saisonarbeiter aus der Versicherung so gut wie auszuschließen und sie dem Elend preiszugeben. Man sagt, „das Versicherungsprinzip“ verlangt es. Das Prinzip der Arbeitslosenversicherung verlangt aber zunächst, daß die durch unverschuldete

### Am 10. August 1929 ist der zweiunddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1929 fällig.

Arbeitslosigkeit entstandene Not gemildert wird. Wenn das nicht erreicht wird, hätte die Arbeitslosenversicherung ihren Sinn verloren. Die Arbeitslosenversicherung ist keine Privatversicherung, sondern eine Sozialversicherung, sondern eine Sozialversicherung, sondern eine Sozialversicherung. Das besagt, daß der eine des anderen Lasten mittragen soll. Den Arbeitgebern und ihrem Anhang mag das freilich schwer eingehen, aber sie mögen sich gesagt sein lassen, daß die Arbeiterschaft sich die Rückkehr zu manchesterlichen Methoden nicht gefallen lassen wird.

In den nächsten Wochen werden die Parlamentsvertreter darüber zu entscheiden haben, ob die Vorschläge der Sachverständigenkommission tatsächlich Gesetz werden sollen. Sie werden es sich überlegen müssen, ob sie die Verantwortung für eine Entrechtung von Hunderttausenden von Arbeitern tragen können, die mit Notwendigkeit eine starke Unruhe in die Arbeiterschaft tragen würde, deren Folgen nicht abzusehen sind.

### Allgemeine Rundschau

#### Margarete Behm †

Margarete Behm, die Mutter der Heimarbeiterinnen, wie sie mit Recht genannt wurde, ist tot. Mit ihr ist eine Frau dahingegangen, deren Name mit der christlichen Gewerkschaftsbewegung stets genannt sein wird, eine furchtlose und treue Kämpferin für die Sache der Arbeiterschaft, insbesondere der Heimarbeiterinnen.

Margarete Behm ist nicht aus der Arbeiterschaft erwachsen, aber sie fand aus innerstem Mitleiden den Weg zu ihr. Sie wurde als Tochter eines Pächters in Lehndorf Nr. Siebenmerda geboren, verlor früh ihre Mutter, kam in ein Pfarrhaus zur Erziehung, später zu einer Tante. Sie wurde dann Lehrerin, und war es über ein Vierteljahrhundert. Neben ihrem Schuldienst fand sie jedoch Zeit, sich der nach dem Streik der Heimarbeiterinnen in der Berliner Konfektion im Jahre 1896 aufkeimenden Heimarbeiterinnenbewegung anzunehmen. Sie wurde nicht müde, treppauf, treppab die Heimarbeiterinnen zu besuchen, einzuladen und mit den Gewonnenen zu beraten. Vier Jahre lang trug sie die schwere Last der Kassenführung. Im Jahre 1905 wurde sie zur Vorsitzenden gewählt. Die Arbeit wuchs so sehr, daß sie nebenamtlich nicht mehr getan werden konnte. Da gab sie ihr Lehramt mit aller Zukunftssicherung auf und widmete sich nun ganz der Fürsorge der ihr Anvertrauten. Sie wurde nicht müde, die anderen Verbände für ihre Pläne zu gewinnen und das Interesse der Öffentlichkeit für die Sache der Heimarbeiterinnen wachzurufen. Das Hausarbeitsgesetz, lex Behm genannt, ist ihr Verdienst. Sie gehörte der Nationalversammlung und dem Reichstag bis 1928 als Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei an.

Margarete Behm war immer ganz und gar Frau, aber sie stand überall ihren „Mann“. Von ihr darf wahrlich gesagt werden, daß sie Gott fürchtete, aber sonst nichts. Sie kannte keine Unterschiede der Stände und Parteien. Sie hat und gab mit gleicher Herzlichkeit. Sie sah überall das Gute, auch wo es verdeckt war von Egladen. In hohem Maße besaß sie die Gabe, das Einigende herauszustellen, dabei war sie jedem Kompromiß abhold. Die Verleihung der Würde eines Ehrendoktors der Medizin durch die Universität Greifswald Silberster 1924 bereitete ihr eine große Freude. Aber alle Erfolge ihres arbeitsreichen Lebens ließen sie nicht zur Ruhe kommen. Sie gönnte sich und ihrem durch Krankheit geschwächten Körper keine Rast. Auf dem Wege aus einer Sitzung erlitt sie einen Unfall, von dessen Folgen sie sich nicht mehr erholte. Am 26. Juli abends ist sie sanft entschlafen. An ihrer Bahre trauern mit den Heimarbeiterinnen die Angehörigen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. In beiden Vorständen war sie nicht nur eine geschätzte Mitarbeiterin, sondern eine verehrte Kameradin.

### Aus dem Verbandsleben

#### August Mertin †

Am 25. Juli verchied nach längerer Krankheit der Kollege August Mertin aus Wilhelmshaven-Wiltringen. Der Gründer der Ortsgruppe des christlichen Bauarbeiterverbandes und deren Vorsitzender 25 Jahre lang, Gründer der christlichen Gewerkschaftsbewegung und des katholischen Arbeitervereins in Wilhelmshaven ist nicht mehr. Gott, der Herr über Leben und Tod, Bergelt alles Guten, nahm diesen alten Kämpfer zu sich im besten Lebensalter von 51 Jahren, nach einem harten, dornigen Lebensweg. Unerbittlich, hart und festhaltend nach seiner echt schlesischen Charakterveranlagung, schuf Kollege Mertin aus einem Nichts, auf reinem Diaporphoden die christliche Arbeiterbewegung. Er war mit ihr ganz seelisch verbunden, arbeitete für die Bewegung, ohne an sich zu denken. Nichts gab er auf Ruhm und Personenkult. Uns, als zweiter Generation, hat er viel zu sagen, er lebte vor, was er von anderen verlangte — er gab, wo er selbst nichts hatte. Hätten wir mehr solche stille Soldaten des

Werktags, die kreuztragend, von der Welt ungeachtet, doch feithalten an dem gesetzten Ziel, schaffen für Bewegung und Volk aus innerem Christenglauben heraus, brauchte uns um die Bewegung nicht zu hangen. Genug, wir würden seiner Art untreu werden, wenn wir noch mehr sagten. Möge die auf Erden nie ruhende Seele Frieden finden in Gott!

Verwaltungsstelle Moers. Unsere Verwaltungsstelle feierte am Sonntag, dem 21. Juli, ihr 25 jähriges Bestehen, verbunden mit der Ehrung von zwei verdienstvollen Jubilaren, und zwar der Kollegen Bernhard Scheibelhut, Maurerpolier aus Lintfort, und Josef Reibhard, Werkmeister aus Homberg. Die Feier wurde eingeleitet durch einen Festzug durch die Stadt zur Kolonie Meerbeck, wo in dem neu erbauten Saale des Herrn Biltjes dann die Jubilarfeier ihren Anfang nahm. Recht zahlreich hatten sich trotz der schwierigen Verkehrsverhältnisse des Kreises Moers die Kollegen sowie auch die Gäste und besonders die Kameraden vom Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter eingefunden. Der Festausflug hatte ein erlebtes Programm aufgestellt. Kollege Peil wies in seiner Begrüßungsansprache kurz auf die Bedeutung der heutigen Doppelfeier hin. Sein Gruß galt besonders den beiden Jubilaren und ihren lieben Frauen. Auch die Frauen dieser beiden Jubilare haben große Opfer gebracht, wenn die Männer so manchen Abend im Dienste der Gewerkschaft der Familie fernbleiben mußten. Besonders begrüßte er den Vorsitzenden des Kreisartells der christlichen Gewerkschaften, den katholischen Arbeitersekretär Johann Hamann, welcher erst kürzlich bei einer Autofahrt jenseits dem Tode entronnen, trotzdem er noch im Krankenhaus lag, es sich nicht hat nehmen lassen, wenigstens für kurze Zeit an unserer Veranstaltung teilzunehmen. Weiter begrüßte er die Presse, den Kollegen Frett vom christlichen Metallarbeiterverband und den neuen Bezirksleiter des Gewerbevereins, den Kollegen Greich, ferner den Kollegen Einig von Gladbeck mit seiner Frau Gemahlin und Eberg (Quisburg), sowie Herrn Eiß von der Konsumgenossenschaft „Selbsthilfe“. Unser Bezirksleiter Koch (Bodum) mit seiner Gattin, welcher die Festrede übernommen hatte, wurde ganz besonders begrüßt. Der Gewerbeberater und noch andere hatten uns durch Schreiben die herzlichsten Glückwünsche übermittelt. Dann gedachte er der im Weltkriege gefallenen Kollegen, so namentlich des ersten Angestellten der Verwaltungsstelle, Schneider, welcher in den Jahren 1907—08 die Verwaltungsstelle leitete und im Kriege fiel. Zu Ehren der Gefallenen erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen.

Herr Frett überbrachte dann als 2. Vorsitzender die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des Kreisartells, da Herr Hamann selbst das Wort noch nicht nehmen konnte. Weiter überbrachte er die Grüße und Glückwünsche des Bezirksverbandes der katholischen Arbeitervereine, des christlichen Metallarbeiterverbandes, des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter und anderer Berufsgruppen. Mit einem dreifachen begeistert aufgenommenen Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter schloß er seine Ausführungen. Herr Eiß überbrachte dann die Grüße der Konsumgenossenschaft „Selbsthilfe“. Ein von Fräulein Cecil vorgelegener Prolog, von ihrem Vater verfaßt, fand reichen Beifall. Die Musikkapelle des katholischen Arbeitervereins Hochheide und die Cäcilia Hochstrahnten ihr übriges, und das Fest zu verschönern. Auch ihnen wurde reichlich Beifall zuteil.

Dann erhielt der Kollege Koch das Wort zur Festrede und Ehrung der Jubilare. Kollege Koch schilderte in recht eindrucksvoller Weise die Ursache und Entstehung des christlichen Bauarbeiterverbandes im Kreise Moers, unter besonderer Hervorhebung der Erfolge, welche in diesen 25 Jahren durch Opfer und zähen Willen erreicht wurden. Die erste Ortsgruppe wurde am 27. März 1904 in Hochheide unter besonderer Mithilfe des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter und der konfessionellen Arbeitervereine gegründet. Der Stundenlohn betrug damals für Maurer 40—45 Pfennig und für Hilfsarbeiter 28—35 Pfennig bei zwölfstündiger Arbeitszeit. Bei Verminderung der Arbeit wurde dieser Lohn noch reduziert. Heute ist die Arbeitszeit verkürzt, die Löhne der Feuerung in etwa angepaßt, Arbeiterlohn und Sozialgesetzgebung verbessert und das Ansehen der Arbeiter im öffentlichen Leben gestärkt. Hier im Kreise Moers wurden diese Erfolge im wesentlichen mit errungen durch die Arbeit der beiden Jubilare. Kollege Koch überbrachte den Jubilaren noch die herzlichsten Grüße und Glückwünsche des Zentralverbandes und Bezirksverbandes. Möge der liebe Gott die Jubilare uns noch lange erhalten, damit sie besonders der Jugend noch lange als Vorbild dienen könnten zum Segen ihres Standes und des gesamten Verbandes. Gleichzeitig überreichte er ihnen als äußeres Zeichen der Anerkennung ein Diplom und eine Silbernadel. Die Verwaltungsstelle Moers hatte die Diplome einrahmen lassen.

Nach der mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Festrede wurde die Bauarbeiterhymne gesungen. Der Vorsitzende der Poliersektion, Kollege Diebels, überreichte dann im Namen seiner Gruppe den Jubilaren je eine goldene Uhrkette mit Worten herzlichster Anerkennung. — Nachdem Kollege Klanten dann noch einen schönen Prolog vorgelesen, dankte Kollege Scheibelhut im Namen der beiden Jubilare in zum Teil recht launigen Worten für all die Ehrungen, die ihnen zuteil geworden. Er forderte alle auf, im Sinne der Jubilare zum Wohle unserer Organisation weiterzuarbeiten.

Nach zwei Nieder von Cäcilia, und die Musik leitete mit „Som Rhein bis zur Donau“ so langsam zum Schluß über. Am Montag war ein Kaffeetrinken der Damen der Mitglieder, bei dem der Kollege Eiß von

der „Selbsthilfe“ in launiger Weise die Damenrede hielt. Mit dem Bewußtsein, zwei schöne Festtage verlebte zu haben, und nun im zweiten Vierteljahrhundert in gleicher Weise an dem Ausbau des christlichen Bauarbeiterverbandes zu wirken, fand die schön verlaufene Feier ihr Ende. **Seil.**

**Hannover.** Am Sonnabend, dem 20. Juli, konnten wir 19 Kollegen mit der Silbernadel und dem Diplom für 25jährige Mitgliedschaft ehren. Es sind dieses die Kollegen: Wendelin Apel, Karl Bod, August Högershanjen, Franz und Andreas Engelhardt, Heinrich Elcott, Josef Heine, August Heintzen, Georg Hoppe, Heinrich Kellner, Albert und Johannes Klingebiel, Heinrich Wiesel, Karl Otto, Joh. Bäs, Edmund Schild, Albert Staujenbiel, Wilhelm Wülfel, Hermann Zwillingmann.

Nach ernstlichen Reden, in denen der besonderen Bedeutung des Tages gedacht wurde, begann der gemütliche Teil. Gemeinsame Lieder, lustige Vorträge und Tanz hielten die Teilnehmer noch lange zusammen. Die Jubilare werden sich gern dieses Tages erinnern. **S. C.**

**Verwaltungsstelle Gladbeck.** (Halbjahresbericht.) Das Jahr 1929 hat sich in unserer Verwaltungsstelle hinsichtlich der Baulastigkeit nicht sehr gut eingeführt. Bei der herrschenden großen Wohnungsnot mußte man mit einer besseren Konjunktur rechnen. Nur einzelne Kommunen, wie Gladbeck und Bottrop, haben getan, was in ihren finanziellen Kräften stand. So wurden in Gladbeck im ersten Halbjahre ungefähr 220 Wohnungen, teils im Rohbau, teils im Innenputz, fertig gestellt. In Bottrop sind es circa 200. In allen übrigen Städten und Gemeinden dürften zusammen nicht über 180 Wohnungen in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Angriff genommen worden sein.

Die Aussichten für das zweite Halbjahr 1929 sind nicht rosig. In Gladbeck werden im Höchstfalle — wenn die Bergmannsfiedlung die geplanten 60 Wohnungen noch erbaut — 100 Wohnungen errichtet werden. Das ist für die Hunderte von Bauarbeitern zu wenig. In Bottrop ist mit der Errichtung von 110 Wohnungen zu rechnen, wenn die Ruhr-Lippe-Genossenschaft die projektierten Siedlungswohnungen ausführt. Daneben wird der große Bau des Knappschäftskrankenhauses an der Dierfelder Grenze für rund 150 Bauarbeiter aller Berufe für 18 Monate Beschäftigung bringen. In Buer liegen die Verhältnisse so, daß dort überhaupt hinsichtlich des Wohnungsbaues nichts Besonderes vorliegt. Das einzige, worauf die Bauarbeiter warten, ist die große Städtessanierung in Buer-Scholven. Man wird sich jedoch noch einige Wochen gedulden müssen, weil die Vorarbeiten noch nicht beendet sind. In Dorsten und der ganzen Umdicker Gegend ist nicht viel im Bauwerke zu tun. Nachdem die beiden großen Bauprojekte (Schulbau und Kraftanlage) im Rohbau und im Innenputz vollendet sind, ist dort mit einem Ausleben der Bauwirtschaft in diesem Jahre nicht mehr zu rechnen. In den übrigen Gemeinden der Verwaltungsstelle — wir nennen Westerkamp, Horst-E. und Kirchellen — ist so gut wie gar nichts in diesem Baujahr zu tun. Es wird für die restlichen Monate so bleiben. Die Aussichten sind also, insgesamt betrachtet, in unserer Verwaltungsstelle für das zweite Halbjahr nicht die besten. Das Ganzjahresergebnis kommt für dieses Jahr in seitens der Städte und Gemeinden vergriffen. Weitere Kapitalien stehen nicht mehr zur Verfügung. Daher ist eine weitere rückläufige Konjunktur die unausbleibliche Folge.

Eine besondere Erscheinung macht sich seit einigen Jahren in unserem Verwaltungsgebiet bemerkbar. Die genossenschaftlichen Bauvereine der „freien“ Gewerkschaften sind intensiv bei der Arbeit, in vermehrtem Maße Wohnungen zu erstellen. Erfahrungsgemäß konnten an solchen Baustellen, die vielfach von den sozialistischen Bauhütten auch ausgeführt wurden, unsere Kollegen nur sehr schwer Beschäftigung erhalten. Die Stimmung bei unseren Mitgliedern war diesbezüglich bezeichnenderweise gedrückt. Ein Schritt beim Verbandspräsidenten hatte nicht den gewünschten Erfolg, da der in Frage kommende Bauverein anging, keinen Einfluß auf die Einstellung der Leute zu haben. Wenn die Einstellung von christlichen Bauarbeitern auch offiziell nicht abgelehnt wird, so haben doch die praktischen Erfahrungen bewiesen, daß ein gewisses System zugrunde liegt. — Die Bemühungen der Mitglieder, soweit diese den beruflichen Arbeitervereinen angehören, haben nunmehr insofern einen Erfolg zu verzeichnen, als jetzt in Buer und Bottrop die Gründung von Bauvereinen erhoben wird. In Buer ist die Gründung unter Teilnahme unserer Mitglieder vollzogen worden. In Bottrop haben die ersten Verhandlungen ebenfalls in den ersten Julitagen stattgefunden. Auf diese Weise wird eine Gegenbewegung ins Leben gerufen, die unseren Mitgliedern sowohl hinsichtlich der Verdienste und Beschäftigungsmöglichkeit, als auch in sozialer Beziehung hoffentlich zugute kommen wird. Die beiden in Aussicht genommenen Bauvereine lehren sich an den Rath. Wohnungsbau, St. Gladbeck, an.

Die Mitgliederbewegung entspricht den unangünstigen Verhältnissen in der Bau- und Wohnungswirtschaft. Im ersten Halbjahr wurden 162 Resolutionsnamen gesammelt, darunter 20 Beiräte. An Nebenämtern aus gegnerischen Verbänden wurden 23 registriert. Die Aktivierung ist vor wie noch noch gering. Hier muß es Aufgabe der Vertrauensleute und Ortsgruppenverbände sein, die einmal für die Organisation gewonnenen auch dem Verbande zu erhalten. Vor allen Dingen legen wir großen Wert auf gute Baudelegierte, die sich ihrer großen Aufgabe bewußt

sind. Hier hapert es noch vielfach. Der Baudelegierte ist der Vertreter und Repräsentant auf der Bau- und Arbeitsstelle. Nur dann ist die Schlag- und Stoßkraft der Berufsorganisation jederzeit gesichert, wenn der Bau- und Baudelegierte im Verein mit dem übrigen Vertrauensmännerapparat die ihm auferlegten Obliegenheiten treu und gewissenhaft erfüllt. Aber auch nur dann!

Das Versammlungsleben bildet ein Kapitel für sich. Wir haben eine ganze Anzahl Ortsgruppen, dort ist der Versammlungsbefuch geradezu glänzend. Wir nennen nur die Ortsgruppen Buer, Westerkamp, Kirchellen und Dorsten. In diesen Zählstellen sind fast stets mehr als 60 Prozent der Mitglieder anwesend. Demgegenüber müßte es in den übrigen Ortsgruppen entschieden besser sein. Man sehr verlassen sich unsere Kollegen in Gladbeck, Horst und Bottrop auf die Geschäftsstelle. Alle Kleinigkeiten, die in den Versammlungen erledigt werden könnten, sollen auf dem Büro behandelt und besprochen werden. Das geht zu weit. Die Versammlungen sind der Ort, wo über alle schwebenden Berufs- und Standesfragen immer die gewünschte Aufklärung gegeben wird. Daher hoffen und erwarten wir, daß für die in Betracht kommenden Ortsgruppen sich das Versammlungsleben im zweiten Halbjahr 1929 und auch für alle Zukunft bessert.

Die Rechtschustätigkeit innerhalb der Verwaltungsstelle war in den ersten sechs Monaten dieses Jahres sehr angestrengt. Bis zum 1. Juli 1929 konnten in 24 Lohnstreitfragen, 7 Arbeitslosenangelegenheiten, 3 Steuerfragen, 1 Unfallstreitfrage, 1 Urlaubsfrage und 2 Kriegsrentenfragen 2320,83 Reichsmark für die Mitglieder herausgeholt werden. Eine Anzahl Streitfragen schweben noch, darunter eine bedeutende Unfallrentenangelegenheit. Trotz dieses schönen Erfolges müssen wir jedoch immer wieder — obwohl stets gemahnt wird — feststellen, daß Kollegen die vorgegebene Frist von 21 Tagen zur Einreichung von Streitigkeiten bei der örtlichen Schlichtungskommission verpassen. Auf diese Weise sind in diesem Jahre nach vorläufiger Berechnung fast 1000 RM. den Kollegen verloren gegangen. Würden alle Kollegen die Versammlungen regelmäßig besuchen und die „Baugewerkschaft“ gewissenhaft studieren, könnte ein solcher Schaden nicht entstehen.

Die Jugendbewegung könnte in unserer Verwaltungsstelle etwas lebendiger sein. Hier und da klappt es gut, so in Buer, Westerkamp und Gladbeck. Dagegen muß es in Bottrop und Horst besser werden. Die in Folge vorgerückten Alters ausgeschiedenen Jugendobmänner müssen durch jüngere, eifrige Kollegen ersetzt werden. Die Verbandsleitung unterstützt tatkräftig unsere Jungmannen. Aber schließlich kann sie nicht überall gleichzeitig sein. Daher ergeht an unsere älteren Mitglieder in allen Ortsgruppen der Mahnruf: Helft unserer Jugend mit an dem Aufbau und Ausbau der Jugendgruppen. Dadurch unterstützt ihr die künftige Entfaltungsmöglichkeit des Verbandes. **Josef Einig.**

**Wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein**

**Verwaltungsstelle Würzburg.** In der Nummer 29 des „Grundstein“ bringt der Bezirksverband Nürnberg des Baugewerksbundes eine Notiz gegen den Sekretär des christlichen Bauarbeiterverbandes in Würzburg, Greib. Man stellt ihn darin den Leuten gleich, die äußerlich streng an ihren religiösen Grundsätzen festhalten, aber sonst ihre Mitmenschen verläumdern. Es wird dann eine Versammlung vom 4. Mai in Schweinfurt zitiert, in der Greib über ein sonderbares Verhalten der freien Sekretäre bei den letzten Lohnverhandlungen gesprochen und diesen sonderbaren Führern keine Gefolgschaft zu leisten den Mitgliedern empfohlen habe.

Der Wahrheit soll die Ehre sein! Wir zitieren hier kurz den Versammlungsbericht eines Berichterstatters v. Fr. B., der in der Versammlung anwesend war. Es heißt darin: „Sekretär Greib erstattete Bericht über die Lohnverhandlungen, gab die Schwierigkeiten bekannt, die überwunden werden mußten, und forderte die Mitglieder auf, dem Lohnabkommen zuzustimmen. Eine Aussprache fand weiter nicht statt, der Schiedspruch wurde angenommen. Danach ergreift der Sekretär Greib nochmals das Wort und preist die Vorgänge am 1. Mai, das sonderbare Verhalten der Staatssozialisten von früher und heute, um dann einige Agitationsmethoden des Baugewerksbundes in unserer Verwaltungsstelle bekannt zu geben.“ Und ist es nicht ein sonderbares Verhalten, wenn man von dieser Seite unsere Mitglieder zu einer Versammlung einlädt, ihnen dann sagt, unser Verband habe kein Geld, die Unternehmer wünschten den Beitritt zum Bunde? Ist das nicht ein sonderbares Verhalten, wenn man bedenkt, daß durch unsere Organisation den Leuten in kurzer Zeit 33 RM. in der Stunde an Stundenlohn herausgeholt wurden, und daß nun von dem Unternehmer die gute Zusammenarbeit mit dem Bunde in früheren Jahren gepriceit wird, weil wir dauernd mit dem Arbeitsgericht wegen des Tariflohnes in Verbindung treten würden, und daß ein Arbeitgeber, der immer die Noten besonders hervorhebt, heute noch nicht in vollem Maße den Tariflohn zahlt, trotzdem einige Bundesmitglieder bei demselben beschäftigt sind?

Dieses sonderbare Verhalten hat der Artikel-schreiber, ein Mitglied von uns, in der Nummer 21 der „Baugewerkschaft“ gemeint. Also hier mit den Worten der Verleumdung zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage. Das sonderbare Verhalten ist deutlich genug. Ja, wer andern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein. **S. Greib.**

**Briefkasten der Redaktion**

Paul Schler, Berne, Berner Str. 37. Ein Brief an Dich mit vorstehender, von Dir selbst angegebener Adresse kam zurück mit dem Vermerk: „Empfänger in Berne a. d. Lippe unbekannt.“ Gib bitte Deine richtige Adresse an.

**Sterbetafel**

Am 16. Juli verstarb unser Mitglied Christian Steinhauer aus Godesberg im Alter von 65 Jahren an Altersschwäche. Er war 18 Jahre Mitglied unseres Verbandes.

Am 22. Juli starb unser Mitglied Wilhelm Abeneuer aus Godesberg-Friesdorf im Alter von 69 Jahren an Lungenentzündung. Kollege Abeneuer war 22 Jahre Mitglied unseres Verbandes und Mitbegründer der Ortsgruppe Friesdorf. **Verwaltungsstelle Bonn.**

Am 21. Juli starb unser treuer Kollege, der Hilfsarbeiter Otto Ravensschlag, infolge eines Unglücksfalles im Alter von 49 Jahren. **Verwaltungsstelle Barmen.**

Am 24. Juli starb infolge eines Baunfalles unser Kollege Konrad Ringandl, Maurer, im Alter von 52 Jahren. **Verwaltungsstelle Regensburg.**

Am 25. Juli verstarb nach längerer Krankheit an einem Lungenleiden unser lieber Kollege und Vorsitzende unserer Verwaltungsstelle August Merzin. Fast 26 Jahre hat er das Amt des Vorsitzenden ausgeübt in unermüdlicher Pflichterfüllung und Treue und sich große Verdienste um den Verband erworben. **Verwaltungsstelle Wilhelmshaven.**

Am 31. Juli wurde unser lieber Kollege Josef Wagner, Hilfsarbeiter, von einem Auto überfahren und starb schon nach einigen Minuten. Er war einer der Besten von uns. **Verwaltungsstelle Miltitzing.**

Ehre ihrem Andenken!

**Die Konsumgenossenschaft Eickfeldia e. G. m. b. H.** mit ihren 53 Filialen und über 8000 Mitgliedern ist die Verbraucher-Organisation der eickfeldischen Bauarbeiter.

Der Millionenumsatz ermöglicht preiswerte Warenversorgung der eickfeldischen Bauarbeiterfamilien. Die Hausfrauen der Bauarbeiter sollen daher nur in den Genossenschaftsläden ihren Bedarf decken.

**Meisterschule**

Ausbildung in Zwei Halbjahrskursen zum **Maurer-, Zimmer-, Straßen- und Schachtmeister** Programm kostenlos. **Schachtmeister- und Pollerschule** Detmold in Lippe, Wittjestr. 4d.

**Schmale Leatholz-Wasserwaagen**

Längen 100 90 80 75 70 60 50 45-40 35-25 cm  
Preis 3,70 3,50 3,30 3,20 3,10 2,80 2,65 2,50 2,20 RM.  
Ich garantiere für solide und genaue Anfertigung. Bestellungen per Post werden unter Nachnahme zugestellt. Von 4 Stück an portofrei. Von 11 Stück an eine gratis. Sämtliche Maurer-, Stahlschleifer- und Plattenlegerwerkzeuge, nur erste Qualität, zu billigen Preisen. Prototypen werden unentgeltlich versandt. Bei Bestellung Größe und Form angeben. **Walter Richter, Düsseldorf-Unterstadt**

**Wer probt, lobt „Wanderlust“**

die Garantieware  
Eck Leatholz-Wasserwaagen mit Messingplatte und Messingringen, genau ausgelotet.  
Holz aus alten Schiffen, daher beste Ware. Mit billigerer Ware nicht zu vergleichen. Bei Abnahme von 6 Stück portofrei. Bei Abnahme von 12 Stück eine gratis.  
25 50 60 75 80  
2,40 2,80 3,- 3,40 3,60 3,70  
90 100 cm  
3,90 4,10  
Was nicht gefällt, wird zurückgenommen. Alle anderen Garantie-Werkzeuge für Maurer, Stuckateure, Plattenleger und Ofenbauer laut Liste billigst. **G. Rask & Sohn, Reuscheid, Wilhelmstr. 34.**

